

Pränumerationsbedingungen: In Wien pränumerirt man bei der Expedition, Stadt, Gaarmarkt Nr. 730, im langen Durchhaus, od. in der Buchhandlung Sallmayer & Comp., Kärntnerstraße, vierteljährig mit 1 fl. 15 kr., halbjährig 2 fl. 30 kr., monatlich mit 30 kr. C. M.

National-Zeitung.

Politisches Volksblatt

für demokratische Interessen.

Verantwortlicher Redakteur und Eigenthümer:
Wilhelm Ehrlich.

Mitredakteur:
Adolf Chaisés.

N^o. 7.

den 27. Juli

1848.

Die kommerzielle Wichtigkeit eines unabhängigen Polens.

Wierzig Millionen Konsumenten sind durch den russischen Zolltarif dem deutschen Handel und dem deutschen Gewerfleiß entzogen; wenn 20 Millionen von diesen 40 sich gegen Rußland, gegen den russischen Tarif auslehnen, gebietet es nicht, aller andern Rücksichten zu geschweigen, schon die Pflicht der Selbsterhaltung, die allergewöhnlichste Klugheit der Deutschen, sich für das arme, zerfleischte und gelochete Polen anzunehmen?

Es ist bekannt, daß das Prohibitivsystem Rußlands uns Deutsche nicht bloß von seinem eigenen Gebiete, sondern auch von dem ganzen Oriente, so weit dieser für den deutschen Handel von Wichtigkeit ist, ausschloß, und es muß jeder, der nicht auf den Kopf gefallen ist, einsehen, daß die Unabhängigkeit Polens das einzige Mittel ist, die zu unserm Nachtheile verschlossenen Handelswege wieder zu öffnen.

Die erste Wirkung des russischen Tarifs war, daß unsere deutschen Manufakturen und Fabriken aufhörten, die Messe von Macariew — nun Nischnei-Nowogrod — zu versorgen, den alten Stapelplatz des russisch-orientalischen Handels. Ein Rest des asiatischen Handels blieb uns indessen noch immer, so lange gegen einen Transitozoll von 5 Prozent die deutschen Waaren über Odessa und Tiflis nach Persien geführt werden durften. Noch besuchten armenische und persische Kaufleute die Leipziger-Messe. Die Freundschaft des Petersburger Kabinetts war jedoch durch die heilige Allianz — für uns Deutsche zu groß — als daß es den Vortheil, der aus diesem Verkehr erwuchs, Deutschland hätte gönnen sollen! — Um auch diesen letzten Zweig des orientalischen Handels von Leipzig nach Nischnei-Nowogrod zu ziehen, wurde dem Transit ein Ende gemacht.

Zum Glück können wir Odessa und Tiflis entbehren. Wenn Polen frei wird, frei in seinen alten Grenzen, so ist kein Zweifel, daß es seine vortrefflichen Kunststraßen, die bekanntlich zu den schönsten Europas gehören, bis an die Grenze der Moldau fortsetzen wird. Nicht mehr über Nischnei-Nowogrod und Odessa, sondern über Warschau, Gallacz und Terabestan (Trapezunt) werden unsere deutschen Fabrikate künftig nach Tebris (Tauris) und Teheran geführt werden. Zwischen Gallacz und Torbosan werden Dampfschiffe fahren, die in wenigen Tagen das schwarze Meer durchschneiden; und von Torbosan bis Tebris sind für diese großen Karavaneen jener Gegenden gleichfalls von wenigen Tagereisen. Eine solche direkte Kommunikation muß einen Handelszweig, der ungeachtet aller Beschränkungen selbst in den letzten Jahrzehnten noch, bis die russische allerfreundschaftlichste Politik ihn völlig vernichtete, kein unbedeutender war — eine direkte Kommunikation muß diesen Handelszweig bei den innern

Reichthümern Persiens und Vorderasiens zu einer außerordentlichen Wichtigkeit erheben! —

Aber jetzt entsteht für uns Deutsche eine andere und wohl zu beherzigende Frage, wenn Polen frei geworden ist, wenn das schmachvolle Unrecht — der Raub gesühnt, wenn es sich ungeachtet des russischen Kolosses selbst frei kämpft, wenn es von allen europäischen Mächten und erst im Nachtrabe von den Deutschen anerkannt werden wird als selbstständiger Staat, und wenn es dann darum zu thun ist, Handels- und Allianzverträge mit der neuen in die europäische Völkerfamilie eingetretenen Macht abzuschließen, werden die Polen dann wohl jene Länder, deren Regierungen ihrer heiligen gerechten Sache, wie Preußen und Oesterreich es thun, ihnen alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg legen, oder werden sie die vorziehen und begünstigen, welche sich Polens gleich annehmen zu einer Zeit, wo die größte Gerechtigkeit, die höchste Ehre damit einzulegen ist? Werden sie Feindseligkeit, oder werden sie Freundschaft mit ihrer Freundschaft erwidern? Doch offenbar wohl die letzte. Bei ihrer Hochherzigkeit, ritterlichen Gesinnung und bei ihren jetzigen demokratischen Bestrebungen, werden sie uns dankbar sein, und uns als ihre Befreier, als ihre Brüder lieben. Aber abgerechnet davon, ja abgerechnet dessen, was unsere Ehre, unser Gerechtigkeitsgefühl und deutsche Biederkeit erheischt, so dringend auch diese uns mahnen muß, den Gräueln einer unmenschlichen moskowitzischen Herrschaft in einem edel gesinnten freheitsliebenden Nachbarlande, welches nicht zu ertragende Qualen und Martern aussteht — ein Ziel zu setzen, — sondern selbst um unseres Vortheiles, um des Nutzens willen, der unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo der Egoismus eine noch so wichtige Rolle spielt — und daher in der Politik leider die Stelle der Ehre vertritt, werden wir selbst von diesem Standpunkte aus gut thun, wenn wir eilen uns der polnischen Sache anzunehmen, und aufrichtiger als Preußen, die Initiative ergreifen, und die völlige Emancipation unseres polnischen Antheils, im einstweiligen Verbande mit der Gesamtmönarchie aussprechen, um sie derart erstarken zu lassen, daß sie durch freies nationales Bewußtseyn gehoben, mit Hilfe aller demokratisch constituirten Staaten, den Riesenkampf gegen Barbarei und Finsterniß unternehmen können.

A. Chaisés.

Ueber Deutschlands Politik.

Die jetzige Lage Europas, die Richtung der aufgeweckten und erstarkten Geister, und die demokratischen Verfassungen des einzig seyn sollenden deutschen Vaterlandes begünstigen uns. Zeigen wir, angeführt von volksthümlich gesinnten Fürsten,

hochherzige Ermuthigung, dann wird keine Unterdrückung gegen uns mehr gewagt werden können. Zu viel Licht, zu viel Begeisterung für Freiheit, Recht und Vaterland ist verbreitet, als daß ihr Gegentheil einen bleibenden Sieg erfechten könnte. Deutschland, das einige Deutschland ist ein Föderativ-Staat, und als solcher am meisten geeignet, Achtung für Völkerrecht, Freiheit und Gerechtigkeit zu seiner eigenthümlichen Politik zu erheben. Die Geschichte lehrt, daß in Föderativstaaten am leichtesten der Handel, Wissenschaften und Künste blühen und gedeihen, und am meisten diejenigen politischen Tugenden angegriffen werden, welche zu Großthaten im Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit geschickt machen.

Das alte Griechenland, Italien vor den Römern und Italien im Mittelalter liefern die Beweise. Die Vortheile der Föderativverfassung müssen durch Thaten bewiesen werden. Denn wie sollen die Völker sie lieb gewinnen, wenn nichts Achtungswerthes unter ihrem Einfluß zu Stande kommt; wenn die Minister, statt ihre Keime des Guten und Großen zu entwickeln, noch immer die Kraft solcher Verfassung mißkennen, und hinterlistig feige sich jeder größern isolirten Macht unterwerfen. Warum sind Republikaner in der Regel tapferer als Sklaven, als weil sie für ein gemeinschaftliches Gut kämpfen und gegenseitig ihre Unabhängigkeit anerkennen, während Sklaven ein Gut verteidigen, das keinem von ihnen gehört, und sie einander als Sklaven auch nicht achten können? — Aehnliche Verhältnisse wie in Republiken finden auch in Föderativstaaten Statt; nur muß man sie zu würdigen und zu benutzen verstehen. Sollten die deutschen Föderativstaaten die innigere Vereinigung fürchten; sollten sie sich wie es leider geschah, durch Sondergelüste verleitet, isoliren — so werden sie nicht verhindern, daß Deutschland wiederum wie früher ein Tummelplatz der Ausländer werde, und die Völker werden am Ende sich nach einer mit sich einigen Macht sehnen und Zerstücklung für den Grund der Unsicherheit erkennen. — Die Föderativverfassung ist an sich nicht wie man glaubt schwach, sie wird es nur, wenn man sich nicht auf ihren Genius versteht. — Jede Verfassung ist, was man daraus zu machen weiß. — Deutschland ist nicht gezwungen, schwach zu sein; unser deutsches Nationalparlament darf nur wollen, und wir werden das beste, freieste, civilisirteste und kräftigste Volk der Erde sein.

A. Chaisés.

Der Sicherheitsausschuß und der Gemeindeausschuß.

Der nach dem 26. Mai zusammengetretene Ausschuß der Bürger, Nationalgarde und Studenten, auch Sicherheitsausschuß genannt, welcher von dem Gemeindeausschuß, der sich damals schon zu schwach fühlte, berufen, und mit 20 seiner Mitglieder beschickt wurde, hat seit der obigen Periode mehr gethan, als vielleicht irgend eine Behörde in einem andern Lande unter gleichen Verhältnissen zu thun im Stande war. Er hat nicht nur in den Momenten der größten Gefahr auf eine bewunderungswürdige Art Ruhe, Ordnung und Sicherheit erhalten und die Arbeiter, welche mehr als einmal Gewalt anzuwenden drohten beschwichtigt, sondern hat auch mehr als 20,000 von ihnen durch Arbeit Brot verschafft. Was er aber noch that, worüber besonders der Gemeindeausschuß und viele Andere desselben Gelichters zurückbedenken, war, daß er das Ministerium Pillersdorf, welches zu intime Freundschaft mit Thun, Windischgrätz, Brandis und dergleichen Sippschaft hielt, stürzte. Aber mit diesem Schritte war auch seine Wirksamkeit beendet, das heißt, sein Wirken hatte den Culminationspunkt erreicht.

Obwol auch jetzt der Ausschuß noch momentane Lebenszeichen von sich gibt, so z. B. bei dem Attentat auf den demokratischen Verein, so ist doch das Ganze seines Wirkens vis-à-vis seiner einstigen Größe nur ein schwaches Schattenbild, wir wünschen daher nichts sehnlicher, als daß sich dieser Ausschuß durch den Eintritt tüchtiger Mitglieder kräftige, das ist aber nur dann möglich, wenn die derzeitigen Mitglieder desselben nicht, wie leider dieß jetzt der Fall ist, wochenlang ausbleiben, sondern die Sitzungen recht fleißig besuchen.

Dem Gemeindeausschuß wird es mit seinem riesenhaften Zopfe, für welchen jedes Mitglied 20 fl. Steuer zahlt, eher gelingen, den sich jetzt auf die Seite der Schwarzgelben neigenden Stephansthurm auf die Seite der Liberalen zu bringen, als das Vertrauen des Publikums zu gewinnen! — Der Gemeindeausschuß kann und darf in dieser Art nicht bestehen in einer konstitutionellen Haupt- und Residenzstadt, deren Einwohner größtentheils demokratischer Gesinnung sind, in einer Stadt in welcher am 13. März für die Eroberung freier volksthümlicher Institutionen Blut floß, in derselben Stadt, in welcher man den Errungenschaften der März-Maitage am 26. des zuletzt genannten Monatses Barrikaden baute, müssen die Kommunalbehörden durch freie Wahl auf der breitesten Basis aus dem Volke hervorgehen, aber nicht durch einen Census, welcher von einem 20guldigen schwarz und gelb geringelten Zopfe umschlungen, zum Privilegium der Hausherren und Partikuliers wird. Was nicht von Herzen kommt geht nicht zu Herzen, und der Gemeindeausschuß, welcher nicht im Volke entstand, findet kein Vertrauen in demselben. Also fort mit seinen privilegierten Mitgliedern, damit die unprivilegierten, aber durch eine freie Wahl ohne Census Gewählten Platz haben! Die Bewohner Wiens werden sich über den Austritt des größeren Theiles der jetzigen Mitglieder dieser Corporation, welche obwol ein Pärchen zur Besetzung der Portefeuilles der Justiz und des Handels nach einer mehr als trägigen Crisis in das Ministerium lieferte, *) sonst jedoch sehr wenig Warm machte, da ihre Sitzungen einer schauerlichen Todesstille gleichen, die selbst einen schwer Kranken in seiner Ruhe nicht gestört haben würde, leicht trösten können.

G.

Verrath am deutschen Vaterlande.

Der König von Hannover ist unter denen die sich von Gottes Gnaden nennen, weil sie die Vorsehung mit einer Krone bedachte die sie zur Knechtung und egoistischen Ausbeutung ihrer Mitmenschen mißbrauchen, nicht der Einzige, welcher die National-Versammlung und ihre Beschlüsse zu ignoriren magt, wenn sie ihnen und ihren dynastischen Interessen nicht Genüge leisten, jener Friedrich Wilhelm, welcher sich unberufen an die Spitze von Deutschland stellen wollte, jener Friedrich Wilhelm, welcher seine Bürger aus Mißverständnissen niederdonnern ließ, hat nicht nur mit Dänemark, welches mit ganz Deutschland im Kampfe liegt, und deutsche Schiffe sammt dem darauf befindlichen Eigenthume für gute Priese erklärte, immerwährend geliebäugelt, sondern wie aus einem Schreiben des außerordentlichen preuß. Gesandten L. v. Wildenbruch hervorgeht, das in Schleswig-Holstein stehende deutsche Armeekorps nicht dem von der National-Versammlung ausgesprochenen Wunsche gemäß zur Wahrung deutscher Interessen und zum Schutze eines deutschen Volksstammes, sondern in ganz entgegengelegtem Sinne gebraucht, und hat dort auf Rechnung deutscher Ehre eine Politik verfolgt, die nur in der Erhaltung der

*) Dr. Bach und Hornbostel, welche wir zu dem freisinnigern Theile zählen.

dänischen Dynastie und abermaliger Proskription, sowohl des dänischen als wie des deutschen Volkswillens ihre Ausmündung findet. Alle jene schönen Redensarten die das Prinzip aussprechen, kein Preußen, kein Baiern, sondern ein großes, starkes und einiges Deutschland, sind lauter leere Floskeln ohne praktische Geltung, so lange es einen Friederich Wilhelm gibt, welcher im Angesichte einer Versammlung von Vertretern und Legislatoren, welche das deutsche Volk berufen, seine von den Fürsten so lange gemißbrauchte Geduld als erschöpft zu erklären, und seine Jahrhunderte lang von ihnen mit Füßen getretenen Rechte wieder herzustellen, es selbst aber durch die freiesten und populärsten Institutionen auf der breitesten Basis, zu verschonen, eine ganz unpopuläre und anti-deutsche Familienpolitik verfolgt, wird es auch ein Preußen geben, und so ist es auch in andern Bundesstaaten zum Beweise unserer Behauptung; führen wir hier einige Stellen aus dem Schreiben des oben erwähnten Gesandten an, welche wörtlich lauten: „Preußen wünscht vor allen Dingen die Herzogthümer Schleswig und Holstein ihrem Könige zu erhalten.“ Einzig der Wunsch, die radikalen und republikanischen Elemente Deutschlands zu verhindern, bewog Preußen zu gethanen Schritten, die Idee einer nordalbinischen Republik, sowohl Dänemark als die deutschen Nachbarstaaten ernstlich zu gefährden. Der eigene Vortheil Dänemarks ist es, den Preußen im Auge hat, seine Größe, seine Selbstständigkeit will es, die ihm durch Abtretung der Herzogthümer bedroht scheint, und ist erbötig dazu mitzuwirken.“ Wir verstehen aber unter Preußen nicht Friederich Wilhelm den IV., Schwager und Busenfreund des Beherrschers des sibirischen Reiches, sondern das preußische Volk, das preußische Volk aber ist durch und durch deutsch, und kann daher auch nur das Interesse des deutschen Volkes, nicht aber das der Familie eines mit Deutschland Krieg führenden Königs gewahrt wissen wollen, und ihr, die ihr nur noch durch des Volkes Gnade besteht, wie lange wollt ihr noch Euren persönlichen Willen für den des deutschen Volkes proklamiren?! Sehr richtig hat ein Abgeordneter in der deutschen Nationalversammlung bemerkt: „Es ist bewiesen, daß die preußischen Truppen für die dänische Sache, für das Recht des Königs von Dänemark kämpften und gegen die Errichtung einer nordalbinischen Republik; also nicht für das Recht des Volkes, sondern für das dynastische Interesse des Königs von Dänemark hat Preußen gekämpft. Es ist nicht nur wie jener Abgeordnete sagte zu bedauern, sondern wirklich schmerzlich, daß siegreiche preußische Waffen, weil es der König wünschte, sich für eine solche Sache bestrecken mußten.“

Der Wille des souveränen Volkes muß allenthalben der allein entscheidende seyn, wenn das Volk wirklich eine nordalbinische Republik wollte, so kann und darf ein Hohentloherischer Friederich Wilhelm durch die Anwendung deutscher Waffen, wie er es in den Märztagen mit vielem Blutauswande in Berlin verfluchte, nicht unterdrücken. Ist dieß kein Verrath am deutschen Vaterlande? oder verdienen diese, welche sich von Gottes Gnaden nennen, in den Augen der Majorität des Frankfurter-Parlamentes einen Vorzug vor jenen, welche zwar auf Requisition deutscher Fürstenregierungen, die sie mit des Volkes Wohl unverträglich erklärten, wie Räuber verfolgt wurden, weil sie sich zu Organen der Bevölkerung eines ganzen Regierungsbezirkes (Seekreis) hergaben, aber dennoch Einer aus ihrer Mitte durch des souveränen Volkes Gnade zum Abgeordneten des eben genannten Parlamentes berufen, in Folge eines Protestes der badischen Regierung aber bis jetzt nicht zugelassen wurde. Und das nennt ihr politische Meinungsfreiheit?!

Es ist wahr, Dr. Friedrich Hecker, der von Euch Verfolgte, ist Republikaner, *) Republikaner mit Leib und Seele, mit welchem Rechte aber könnt ihr einen durch das Vertrauen des Volkes Gewählten, den Eintritt in die Reihen seiner Vertreter streitig machen? Ihr werdet mir antworten, weil er mit Gewalt der Waffen seine Meinung (obwol als Repräsentant eines ganzen Kreises) durchzusetzen suchte, ich aber sage Euch, daß sich die badische Regierung unter dem Vorwande konstitutioneller Formen, hinter sehr unkonstitutionellen Kanonen verschanzte. Oder ist es etwa politische Glaubensfreiheit, wenn man im lediglichen dynastischen Interesse unter der Maske der Anarchie ein ganzes Ländchen gerade zur Unterdrückung seiner freien politischen Meinungsäußerung besetzt hält? Werdet ihr nun auch die Burgen der Könige von Preußen und Hannover belagern, die nicht nur im Widerspruche mit der ganzen deutschen Nationalversammlung, sondern mit dem ganzen deutschen Volke handelten, während Hecker doch mit einem großen Theile sowol der ersten als der letzteren sympathisirt. Die Regierung von Baden hat gegen die Annahme Heckers in die Zahl der Mitglieder der Nationalversammlung protestirt, und nun wird das souveräne deutsche Volk gegen die Verweigerung seiner Zulassung protestiren, und es muß sich alsdann zeigen, wessen Stimme den Ausschlag gibt. Wir wollen nichts als den Volkswillen geachtet sehen, wir werden weder der einen noch der andern Partei zu nahe treten, sondern wir haben es bloß mit dem demokratischen Rechte des deutschen Volkes zu thun.

Chrlieh.

Eine muthige Republikanerin.

Unter dem alten Metternich: Sedlnitzky'schen Systeme gab es gewisse Namen, die man gar nicht nennen durfte, weil sie sich durch Freiheitsbestrebungen einer oder der andern Art hervorthaten oder gethan hatten.

Zu diesen von der österreichischen Censur aus der Reihe der Lebenden gestrichenen und von der preußischen Polizei hart verfolgten Personen gehörte auch die Vorkämpferin der Frauenemancipation, Louise Uchton, der man das Recht, Zigarren zu rauchen und Hosen zu tragen streitig machte.

Neben andern errungenen Freiheiten ist auch Louise Uchton dahin gelangt, die Tabakhändler bereichern und nach Belieben sich von diesem oder jenem Schneider bekleiden zu lassen.

Und sie hat von ihrem männlichen Sinn und Muth keine schlechten Beweise geliefert, da sie mit rastloser Thätigkeit bemüht war, die Verwundeten des dänischen Kampfes in den schleswig-holsteinischen Spitälern zu pflegen.

Jetzt, wo der dortige Kampf nachgelassen hat, und ihr für den Augenblick weniger Beschäftigung geboten wird, ist ihre rastlose Thätigkeit auf anderem Gebiete bemüht, für ihre Grundsätze zu wirken. Sie befindet sich nämlich gegenwärtig in Magdeburg und wirkt dort offen für die Sache Heckers, der, wie man vielfach behauptet, nächstens einen neuen republikanischen Feldzug unternehmen wird.

Zunächst ist Louise Uchton bemüht, zur Unterstützung der republikanischen Sache Gelder zu sammeln, dabei aber erklärt sie offen, daß sie nächstens ihm mit 30 Jünglingen, die sich in Berlin um sie schaarten, und jetzt in Schleswig-Holstein sehten, zu Hülfe ziehen werde.

Wir glauben, wie wir Magdeburg kennen, daß sie dort

*) Auch dem Republikaner muß die Theilnahme an den Verhandlungen des deutschen National-Parlamentes, wenn er durch das Vertrauen seiner Mitbürger zu ihrem Vertreter gewählt wurde, gestattet seyn, wenn man nicht einen großen Theil des deutschen Volkes ohne Vertreter lassen, und eine widerrechtliche Bevormundung über denselben ausüben will. G.

eben kein fruchtbares Feld für ihre Bestrebungen gewählt hat, denn Krämergeist und Republikanismus vertragen sich nicht gut zusammen.

Käme sie dagegen nach Wien, wer weiß, fänden ihre Werbungen nicht Anklang?

Die Sympathien für die Republik nehmen bei uns mit jedem Tage, den der Kaiser länger abwesend bleibt, zu!!!

W.

Die Censur ist wieder eingeführt?!

Nicht genug, daß Wiens Bewohner, deren größter Theil radikal gesinnt ist, Blätter und Zeitschriften duldet, die den Riesenschritten des Zeitgeistes nicht nachkommen und den Forderungen desselben entsprechen könnten, als da sind die „Presse,“ welche nicht sowohl wegen ihrer Qualität (man verzeihe mir diesen unlogischen Ausdruck) als vielmehr ihrer Quantität von dem Publikum gelesen und — verachtet wird. Der österreichische Courier vulgo Theaterzeitung*), welche im theatralischen Kostüm das Zweikammersystem, welches das souveräne Volk am 15. Mai einstimmig verworfen hat, und wir glauben die Theaterzeitung wird dem gesunden Menschenverstand nicht absprechen, liebäugelnd uns hinauf disputiren möchte. Und endlich der österreichische Zuschauer, der den Kulminationspunkt aller D... erreicht hat, und der ich weiters gar nicht erwähnen will, weil das Volk über ihn schon abgeurtheilt hat, und bemerke nur noch, daß er im akademischen Leseverein, dessen Mitglied ich bin, gelesen wird — ein wenig verlacht zu werden. Nicht genug, ich wiederhole es, daß wir solche Blätter dulden, welche allein die Parteien hervorgerufen hat, so wirft sich jetzt ein neues Blatt nicht dem Publikum, o nein! der Presse selbst auf und übt die Censur nur in einer andern Form. Ich meine die „Geißel,“ deren Tendenz, wie in ihrer Ankündigung zu lesen ist: rein reaktionär ist.

Sie sagt freilich, sie rüge nur die Schand- und Schmachliteratur des Inn- und Auslandes; zugestanden, daß es eine solche gibt, so frage ich, wem kommt ein Urtheil darüber zu? und glaubt der Redakteur dieser Zeitschrift das Volk sei noch nicht so politisch gebildet und aufgeklärt, daß es einen Unterschied zwischen Schand- und Ehrenpresse machen könne, nicht wahr, das kann mir niemand abstreiten, das Publikum weiß, welche Blätter, Artikel und Zeitschriften liberal und nicht liberal sind? Und ferner, wenn sich Jemand durch die Presse gekränkt findet, weiß er nicht, was er um Genugthuung zu erhalten, oder gerechtfertigt zu werden, zu thun hat? Warum haben wir einen Staatsanwalt? als damit er alles, was gegen das bestehende Pressegesetz geschrieben wird, zur Amtshandlung und Untersuchung nähme. Der Redakteur will andere Blätter der Pressefreiheit beschuldigen und ich frage ist das kein Verstoß gegen die Pressefreiheit, wenn ich andere Blätter scharf herunterreiße und sie gleichsam einer strengen Censur unterwerfe? Mehre Schriftsteller haben sich schon über die Tendenz dieses Blattes beklagt; dürfen wir dulden, daß ein Blatt, dessen Aufschrift „Geißel,“ dessen Tendenz gegen die Presse gerichtet, als eine Censur in neuerer Auflage bestehe? Ich glaube nicht, daß der Herr Redakteur, den ich nicht persönlich kenne, und der vielleicht sehr achtungswerthe Kenntnisse besitzt, im Solde der Reaction stehe? und bitte ihn daher, um sich den Verdacht einer bloßen Zumuthung abzuwälzen, eine andere Tendenz des Blattes

*) Der „österreichische Courier“ gehört zwar nicht der radicalen Presse an, verdient aber auch nicht, mit den beiden andern Blättern auf gleiche Stufe gestellt zu werden. D. Red.

einzuschlagen. Ich selbst weiß mich keines Preßvergehens schuldig, um ihre Geißel fürchten zu müssen. Das was ich schrieb, ist nicht die Meinung eines Einzigen, sondern sie ist der Ausdruck des Volkes. Wir verwahren uns feierlichst gegen jeden wie immer gearteten Angriff eines solchen Blattes, und fordern alle liberalen Blätter auf ein Gleiches zu thun.

Doppler,
Garde der atab. Legion.

Tagesliteratur.

Nikolaus, der Antichrist des neunzehnten Jahrhunderts. Eine klare und bestimmte Nachweisung aus der Offenbarung Johannis. Allen Gläubigen gewidmet. Leipzig. Julius Raska. 1848.

Es ist eine eigenthümliche Idee, die Bibel als Mittel des Vorkampfes auf dem Gebiete der Politik zu benutzen, in- desß wäre dazu wohl kein Theil tauglich gewesen, als eben die Offenbarung Johannes, dieses mystische Geistesproduct, das schon zu so vielfältigen Versuchen der Lösung Veranlassung gegeben hat, und gleichwohl ewig ein unlösbares Räthsel bleiben dürfte.

Dennoch muß man dem ungenannten und unbekanntem Verfasser die Gerechtigkeit wiederfahren lassen, daß er mit vielem Geiste die Worte der Schrift auf unsere gegenwärtigen politischen Zustände anzuwenden, oder zu beziehen gewußt hat. Wir glauben aber die allgemeine Antipathie der Deutschen gegen diesen „russischen Antichrist“ anzufachen, thut eben nicht sehr Noth, sondern die Gesinnung gegen Rußland ist im Allgemeinen der Art, daß die Nachricht eines Krieges mit dem nordischen Kolos, weit entfernt, Schrecken oder Beängstigung unter den deutschen Stämmen zu verbreiten, vielmehr mit lautem Jubel aufgenommen werden würde. Der Instinct der Freiheit fordert allzulaut zu einem Kampfe gegen Rußland auf, als daß es uns nöthig schiene, das Feuer noch durch dergleichen ängstliche Mittel zu schüren.

Der Prager - Belagerungszustand.

Nach öffentlichen Bekanntmachungen soll das Martialgesetz in Prag aufgehoben sein, wir aber finden nach der Erklärung des Fürsten Windischgrätz, daß es eigentlich nur suspendirt und nicht aufgehoben ist, denn der hochgeborne Fürst sagt, der erste Kanonenschuß, den er genöthigt sein würde, auf das Volk abzufeuern, sollte als Wiedereinführung des Martialgesetzes gelten, ohne irgend eine besondere neue Bekanntmachung, und er würde schon den bloßen Barrikadenbau als hinreichend betrachten, diesen Schuß abzufeuern.

Daß Fürst Windischgrätz sehr geneigt ist, mit Kanonen auf das Volk zu feuern, daran haben wir auch nicht einen Augenblick gezweifelt, aber daß er auf Bürgerblut so gewaltig verpflcht sei, Jedem, der auch nur einen Stein zu einer Barrikade zu tragen, mit dem Tode zu drohen, das finden wir denn doch etwas zu stark, zumal es in unsern stürmischen und Reaktionsversuchen wimmelnden Tagen genug denkbare Fälle gibt, wo man mit allem Fug und Recht Barrikaden bauen kann.

Auch wir glauben im Rechte gewesen zu sein, als wir am 26. Mai unsere Barrikaden bauten, und kämen wir nochmals in gleiche Lage, wir würden sie trotz Windischgrätz und dem Teufel wieder bauen.